



**BAYERISCHE
JUNGBAUERNSCHAFT**

Bayerische Jungbauernschaft e. V. Landesgeschäftsstelle
Aubinger Weg 5 | 82110 Germering

Landesgeschäftsstelle
Aubinger Weg 5
82110 Germering
Tel. 089/89 44 14-0
Fax 089/89 44 14-10
info@lj-bayern.de
www.lj-bayern.de

Germering, Juni 2010

Forderungskatalog der Bayerischen Jungbauernschaft für eine (europäische) Agrarpolitik nach 2013

1. Fortführung der Ausgleichszahlungen der 1. Säule in bisheriger Höhe

Nach dem die Produktionskosten in der Landwirtschaft enorm gestiegen sind und die Erzeugerpreise sehr deutlichen Marktschwankungen unterliegen, ist eine Fortführung der bisherigen Ausgleichszahlungen, angesichts einer gesicherten Nahrungsmittelerzeugung in Europa unerlässlich. Die Ausgleichszahlungen sind auch weiter legitimiert, durch die hohen und eingehaltenen Auflagen und Standards in Deutschland.

2. Eine europaweit einheitliche (Flächen)Prämie wird nicht befürwortet

Die Berücksichtigung von sozialen und strukturellen Unterschieden in der Europäischen Union ist unerlässlich. Mitteleuropa und ganz besonders Deutschland stellen andere Ansprüche an die landwirtschaftliche Produktion als die osteuropäischen Mitgliedsstaaten. Besonders im Bereich der Tierhaltung müssen Umwelt- und Tierschutzbelange in anderem Maße berücksichtigt werden als in Osteuropa. Das verteuert die Produktion erheblich. Das Selbe gilt bei Auflagen im Bereich Pflanzenschutz und Düngung. Zudem würde eine zu starke Veränderung zu gesellschaftlichen Verwerfungen, speziell in den neuen Mitgliedsstaaten im Osten Europas führen. Die Kosten der Lebenshaltung in den einzelnen Ländern (Kaufkraft) müssen berücksichtigt werden.

3. Keine weitere Verschärfung und Ideologisierung der Auflagen für die Gewährung der Ausgleichszahlungen

Der Verwaltungsaufwand für die Gewährung der Ausgleichszahlungen für die Landwirtschaft ist im Moment enorm. Es scheint außerdem schwierig, die öffentliche Verwaltung bei sinkender Anzahl an Betrieben abzubauen. Daher drängt sich der Eindruck auf, ein Teil der öffentlichen Landwirtschaftsverwaltung beschäftigt sich, bei immer weniger Betrieben, immer mehr mit sich selbst und



konstruiert Verwaltungsvorgänge, was auch der Theorie der Bürokratieselbsterhaltung entspricht. Das ist aber für viele Landwirte nicht mehr umsetzbar und führt auch zu Resignation und Problemen bei den Hofnachfolgern.

4. Cross-Compliance und Fachrecht in einer vernünftigen Reform zusammenfassen

Deutschland leistet sich im Moment zwei verschiedene Arten von Rechten bzw. Gesetzen, nach denen Landwirte kontrolliert werden können. Hier ist eine Vereinfachung dringend angezeigt. Somit könnte den Ankündigungen eines Bürokratieabbaus auch hier wirksam Folge geleistet werden.

5. Praxisnahe Förderung der Beratung

Momentan wird die landwirtschaftliche Betriebsberatung organisations- und projektgebunden gefördert. Um eine gesunde Konkurrenz und damit den Wettbewerb zu fördern, wäre eine andere Form der Förderung notwendig. Die Bayerische Jungbauernschaft fordert eine Umstellung auf ein System mit Beratungsschecks. Mehr Wettbewerb zwischen den Beratungsformen, würde auch die Betriebe weiter voran bringen, denn nur wo Wettbewerb ist entsteht auch Innovation.

6. Landwirtschaftliche Ausbildung zukunftsfähig machen

Die landwirtschaftliche Ausbildung steht und fällt mit einer guten schulischen Ausstattung. Hier gilt es den Landkreis-, bzw. Bezirksproporz über Bord zu werfen und nach zukunftsfähigen Lösungen zu suchen. Ausbildung für junge Menschen kann nicht an der Kreisgrenze aufhören und muss sich ebenfalls messen lassen.

7. Forschung im Bereich Klimaschutz und Landwirtschaft verstärken

Nachhaltigkeit bestimmt das landwirtschaftliche Denken seit Generationen. Wir wollen selbst auch nachhaltig wirtschaften und die Lebens- und Produktionsbedingungen erhalten und verbessern. Dazu bedarf es verstärkter Anstrengungen im Bereich der Forschung. Vorrang muss aber die Erzeugung von Nahrungsmitteln haben, um keine Abhängigkeiten von Lebensmittelimporten zu schaffen.

8. Den Verbraucherdialo g ausbauen

Alle der Landwirtschaft nahestehenden Personen und Gruppierungen sind aufgefordert in einen intensiven Verbraucherdialo g zu treten, um der Gesellschaft zu vermitteln, dass ohne eine flächendeckende Landwirtschaft die Lage der Verbraucher und Verbraucherinnen nicht besser wird, sondern sich die Abhängigkeit von Importen stärker auf die Lebensmittelpreise auswirken wird. Wir produzieren hervorragende Nahrungsmittel, zu günstigen Verbraucherpreisen und das geht nur mit einem finanziellen Ausgleich, der nebenbei für eine vielfältige Landwirtschaft und Landschaft sorgt.